

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
Sehr geehrte Stadtverordnete,
Sehr geehrte Gäste,

wir beraten heute über einen gemeinsamen Antrag,
bei dem es im Kern um etwas sehr Einfaches geht: **um
die Lebensqualität und den Gesundheitsschutz der
Menschen, die an der A49 leben.**



Marcus Erler

Und ich glaube, wir sollten uns zunächst eines vor
Augen führen: Die A49 ist für unsere Region eine wichtige
Verkehrsverbindung. Sie bringt wirtschaftliche Chancen, bessere
Erreichbarkeit und eine Entlastung anderer Verkehrswege. **Aber:** Die
Menschen, die unmittelbar an dieser Autobahn leben, dürfen nicht die
Rechnung dafür bezahlen.

Genau darum geht es uns in diesem Antrag.

Wir wollen heute nicht die A49 neu diskutieren. Wir wollen auch keine
Grundsatzdebatte über den Autobahnausbau führen.

Wir wollen eine ganz konkrete Frage beantworten:

Was können und müssen wir tun, damit die Menschen in Gudensberg, Dissen und Dorla wirksamer vor dem Autobahnlärm geschützt werden? Denn dass es hier ein Problem gibt, lässt sich inzwischen nicht mehr wegdiskutieren.

Die Stadt Gudensberg selbst hat bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass die betroffenen Ortsteile im Einflussbereich der A49 liegen und Lärmschutzmaßnahmen – unter anderem Lärmschutzwände, ein Tempolimit und lärmarme Fahrbahnbeläge – als mögliche Maßnahmen benannt wurden.

Und auch die Anwohnerinnen und Anwohner haben sehr deutlich gemacht, dass sie die Situation anders erleben als es manche theoretische Betrachtung vermuten lässt.

In Dissen wurden rund 200 Unterschriften für mehr Lärmschutz gesammelt. Die Forderung der Bürger war klar: Es muss etwas passieren.

Die Interessengemeinschaft Lärmschutz A49 hat dieses Thema inzwischen über Gudensberg hinaus zu einer gemeinsamen Forderung entlang der gesamten Alttrasse gemacht. Bei einer Protestaktion im März dieses Jahres beteiligten sich Menschen aus mehreren Orten entlang der A49. Die Initiative spricht von einem „Lärmteppich“, der für viele Anwohner unerträglich geworden sei.

Meine Damen und Herren, das sind keine abstrakten Zahlen. Das sind Menschen, die nachmittags bei einer Tasse Kaffee auf der Terrasse sitzen

oder nachts schlafen wollen. Menschen, die erwarten dürfen, dass ihre Lebensqualität nicht dauerhaft unter einer zunehmenden Verkehrsbelastung leidet.

Und genau deshalb dürfen wir uns auch nicht mit dem Satz zufriedengeben: „**Dafür ist der Bund zuständig.**“

Ja – selbstverständlich ist die Zuständigkeit für die Autobahn und den regulären Lärmschutz grundsätzlich beim Bund beziehungsweise bei der Autobahn GmbH. Das bestreitet unser Antrag ausdrücklich nicht.

Aber Zuständigkeit bedeutet nicht, dass wir als Stadt untätig sein müssen.

Im Gegenteil:

Wenn wir wissen, dass es ein Problem gibt, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die wir haben. Und genau das wollen wir mit diesem Antrag.

Wir wollen den Magistrat beauftragen, alle relevanten Akteure an einen Tisch zu holen: die Autobahn GmbH, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Bürgerinitiativen, mögliche Projektierer und auch diejenigen, die den erzeugten Strom abnehmen könnten.

Und wir wollen dabei nicht nur über klassische Lärmschutzwände reden.

Wir schlagen etwas vor, das für Gudensberg eine echte Chance sein könnte.

Wir wollen prüfen lassen, ob Gudensberg sich als Modellkommune für ein Pilot- und Forschungsprojekt für Photovoltaik

Lärmschutzwände positionieren kann. Das ist kein Science-Fiction-Projekt.

Photovoltaik in Verbindung mit Lärmschutzwänden wird bereits untersucht und praktisch erprobt. Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme beschäftigt sich ausdrücklich mit Photovoltaik in Verkehrsinfrastrukturen und nennt dabei auch die Integration in Lärmschutzwände.

Auch die Bundesanstalt für Straßenwesen hat unterschiedliche Varianten von PV-Lärmschutzwänden untersucht beziehungsweise erprobt – darunter Lösungen auf der straßenabgewandten Seite, integrierte Systeme und PV-Aufsätze.

Und es gibt bereits praktische Erfahrungen: Bei einer Photovoltaik-Lärmschutzwand in Bayern wurden beispielsweise auf einer Länge von 234 Metern und einer Höhe von fünf Metern rund 51.500 Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugt.

Das zeigt: Die Idee ist technisch grundsätzlich machbar.

Natürlich bedeutet das nicht, dass wir morgen einfach eine PV Lärmschutzwand an die A49 stellen können. Wir wissen um die Herausforderungen.

Statik. Schallschutz. Blendwirkung. Wartung. Genehmigungen. Grundstücksfragen. Finanzierung.

Und natürlich die Frage, wem eine solche Anlage gehört und wer den erzeugten Strom nutzt. Aber genau deshalb stellen wir diesen Antrag!

Wir wollen prüfen lassen, was möglich ist – und nicht vorher erklären, was angeblich unmöglich ist.

Denn auch die bisherigen Prüfungen der Stadt haben gezeigt, dass freiwillige Lärmschutzmaßnahmen grundsätzlich möglich sind, gleichzeitig aber erhebliche technische, planerische, rechtliche und finanzielle Hürden bestehen.

Denn wenn die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass wir alleine an Grenzen stoßen, dann brauchen wir eben Partner.

Wir brauchen die Autobahn GmbH. Wir brauchen Forschungseinrichtungen. Wir brauchen mögliche Energiepartner. Wir brauchen Grundstückseigentümer. Wir brauchen Fördermittel. Und wir brauchen die Bürgerinnen und Bürger.

Genau deshalb wollen wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen und dabei geht es uns ausdrücklich nicht darum, die Stadt Gudensberg finanziell zu überfordern. Im Gegenteil.

Unser Antrag fordert ausdrücklich, Fördermöglichkeiten zu prüfen und Gelder zu akquirieren – unter anderem aus Mitteln der Lärmsanierung, aus Forschungs- und Innovationsförderungen sowie aus entsprechenden Landesprogrammen.

Wir sagen also nicht: „Gudensberg baut auf eigene Kosten mehrere Kilometer Lärmschutzwände.“

Wir sagen: „Gudensberg soll aktiv werden, ein Konzept entwickeln, Partner gewinnen und Fördermöglichkeiten erschließen.“

Die Bürgermeister und Landräte der A49-Anrainerkommunen haben bereits 2025 gemeinsam mehr Lärmschutz gefordert. Sie verlangten unter anderem aktuelle Verkehrsdaten, ein Monitoring nach der vollständigen Verkehrsfreigabe und wirksame Lärmschutzmaßnahmen.

Auch die politische Diskussion auf Bundesebene hat das Thema inzwischen erreicht. Im Februar 2026 berichtete die HNA über geplante offizielle Lärmmessungen und die Forderung nach einer Neubewertung der Situation entlang der A49.

Das zeigt: Wir sind nicht allein. Und deshalb sollte Gudensberg nicht abseits stehen. Wir sollten vielmehr zu einer Kommune werden, die sagt: Wir wollen nicht nur über das Problem sprechen. Wir wollen Teil der Lösung sein.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass heute möglicherweise das Argument kommen wird: „Das kostet Geld.“ Natürlich. Aber noch einmal:

Unser Antrag beschließt heute keinen Bau. Unser Antrag beschließt heute keine Millioneninvestition. Unser Antrag gibt zunächst einen klaren politischen Auftrag:

Prüfen, koordinieren, Partner gewinnen, Fördermittel suchen und ein konkretes Konzept entwickeln.

Und wenn am Ende das Ergebnis zeigt, dass eine bestimmte Lösung technisch oder wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, dann wissen wir es.

Aber wenn wir es gar nicht versuchen, wissen wir ebenfalls, was passiert: Es bleibt alles beim Alten.

Gudensberg könnte zeigen, dass Verkehrs- und Energiewende nicht gegeneinander ausgespielt werden müssen.

Wir können Lärmschutz, erneuerbare Energie und innovative Infrastruktur zusammendenken.

Aber dafür müssen wir den ersten Schritt machen.

Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag von FWG und CDU. Deshalb abschließend noch einmal mein Appell:

Lassen Sie uns gemeinsam Druck machen. Lassen Sie uns gemeinsam Lösungen suchen. Und lassen Sie uns aus einem Lärmproblem vielleicht sogar ein Innovationsprojekt für Gudensberg machen.

Vielen Dank.